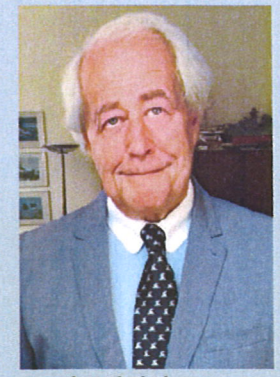
Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

„Gut und gern"

Wie im Schlafwagen dämmert Deutschland der Bundestagswahl im September entgegen. Das Wahlvolk scheint in eigentümlicher Weise auf Distanz zu seinen zunehmend ratlosen Politikern gegangen zu sein. Die urlaubende Bundeskanzlerin sorgt allenfalls durch Garderobenfragen in Bayreuth oder bei der Bergwanderung für medialen Gesprächsstoff. Der Herausforderer, der die blanke Angst vor einem Abstimmungsdesaster wie ein schlechtes Parfüm zu verströmen scheint, sucht ebenso hektisch wie erfolglos nach zündenden Mobilisierungsthemen. Die vier kleinen Parteien, die Prognosen zufolge allesamt im Plus-Minus-Korridor von 8 % herumwuseln, bemühen sich mit mehr oder weniger originellen Geistesblitzen um verstärkte Wahrnehmung in der Öffentlichkeit. Der anlaufende Plakat-Wahlkampf offenbart erschreckende Defizite an Eigenständigkeit und Kreativität. Beliebigkeit und Austauschbarkeit scheinen das Maß der Dinge zu sein. Der von teuren Werbeagenturen entwickelte „Tiefgang" verschlägt selbst dem leidgeprüften Betrachter mitunter die Sprache. Da wirbt die CDU für „Mehr Respekt vor Familien", „Für Sicherheit und Ordnung" und „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gern leben". Die SPD verspricht ritualisierend mehr Bildung, höhere Renten, gerechte Löhne und eine bessere Familienpolitik. Die Grünen stellen in einer intellektuellen Großtat fest: „Zwischen Umwelt und Wirtschaft gehört kein Oder." Die Linke plädiert – wer hätte das gedacht – für „Frieden", „Respekt", „Nähe" und die höhere Besteuerung von Millionären. Die FDP fokussiert sich auf an Boss-Werbung erinnernde Abbildungen ihres Vorsitzenden. Und die AfD plakatiert ihre offenbar nicht mehr durchgängig geschätzte Parteivorsitzende im Stil eines Mutterschaftsurlaubs. Kein Wunder also, dass das Wahlvolk derzeit auf einen neuen Minus-Rekord bei Desinteresse und Demobilisierung entschlafen zu sein scheint. All das lädt zur satirischen Betrachtung ein, obwohl die damit verbundene Politikverweigerung auf Sicht die Basis des demokratischen Systems infrage stellt. Diejenigen, die überhaupt noch wählen gehen, lassen sich meist vom Prinzip des kleineren Übels leiten. Nur noch selten wird der Weg zur Urne von politischer Überzeugung bestimmt. Übrigens: Am Tag der Entstehung dieser Kolumne wird gemeldet, dass ein (vermutlich anderer) Martin Schulz die Wahl zum „Deutschen Grillmeister" gewonnen hat. Immerhin etwas.

Systemwechsel

Die EZB ist dabei, über den Umweg der Finanzmärkte unsere Wirtschaftsordnung zu unterhöhlen. Zu diesem Ergebnis kommt Prof. Gunther Schnabl (Universität Leipzig) in einer neuen Studie. Er misst das Agieren der EZB an den vom Ökonom Walter Eucken formulierten acht Prinzipien für wirtschaftliches Handeln, die einst Ludwig Erhard mit dem Slogan „Wohlstand für alle" populär gemacht hat. Schnabl fasst die Systemverstöße folgendermaßen zusammen:

1. Freie Preise: Indem die EZB den Zins als Preis für Kapital auf null gedrückt hat, hat sie dessen Informationsfunkton außer Kraft gesetzt. Risiken, z. B. von hoch verschuldeten Staaten, werden nicht mehr durch hohe Zinsen angezeigt. Das lädt zum Schuldenmachen ein. Zudem werden viele Investitionsprojekte finanziert, die eigentlich nicht rentabel sind.
2. Stabile Währung: Die Inflation findet heute auf den Finanzmärkten statt. Weil das Geld billig ist, schießen in wilden Zyklen die Aktien- und Immobilienpreise nach oben.
3. Freier Wettbewerb: Indem die ultralockere Geldpolitik die Margen im traditionellen Kreditgeschäft drückt, untergräbt sie das traditionelle Geschäftsmodell der Banken. Insbesondere kleinere Banken müssen fusionieren und der Bankensektor wird monopolisiert.
4. Privateigentum: Ob es im Finanzsektor noch Privateigentum gibt, ist fraglich. Denn würde die Europäische Zentralbank den Zins wieder deutlich anheben, dann könnten viele Kredite nicht zurückgezahlt werden. Zahlreiche Banken würden in Schieflage geraten und müssten verstaatlicht werden.
5. Vertragsfreiheit: Die Vertragsfreiheit im Finanzsektor wird durch eine wachsende Regulierung eingeschränkt. Denn zunächst begünstigt das billige Geld Finanzmarktblasen. Wenn die Blasen platzen, dann wird die Anzahl der Regulierungsbeamten aufgestockt.
6. Haftungsprinzip: Am schwersten wiegt jedoch das fehlende Haftungsprinzip auf den Finanzmärkten. Seit den späten 1980er Jahren haben die Zentralbanken in Boom-Phasen auf den Finanzmärkten die Zinsen nur zögerlich erhöht, um die gute Laune nicht zu stören. Hingegen haben sie in Finanzkrisen die Zinsen schnell und deutlich gesenkt, um starken Kurseinbrüchen entgegenzuwirken. So haben die geldpolitischen Rettungsaktionen über einen langen Zeitraum hinweg verhindert, dass Spekulanten für Verluste haften. Also wird immer mehr spekuliert statt investiert.
7. Fehlende Konstanz: Mit der wachsenden Dimension von Blasen und Krisen wurden auch die geldpolitischen Rettungsaktionen immer umfangreicher. Ultra-niedrige Zinsen und immense Aufkaufprogramme für Staatsanleihen sind die Folge. Das jüngste Kaufprogramm der EZB umfasst 2250 Milliarden Euro, also knapp 7000 Euro pro Eurozonen-Bürger. Von Konstanz der Wirtschaftspolitik kann da keine Rede mehr sein.
8. Alle Prinzipien müssen zusammenwirken: Im Ergebnis ist aus Sicht der Finanzmärkte jedes einzelne von Walter Euckens konstituierenden Prinzipien nicht mehr erfüllt.

Es ist mehr als erstaunlich, dass ein solch zentrales Zukunftsthema im Wahlkampf keinerlei Rolle zu spielen scheint.